

SPIEGEL ONLINE - 03. April 2006, 06:28

URL: <http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,409401,00.html>

Spitzentreffen im Kanzleramt

Energiegipfel entfacht neuen Streit um Atomkraft

Eigentlich soll der Atomausstieg beim heutigen Energiegipfel gar kein Thema sein - zumindest wenn es nach Angela Merkel geht. Doch Spitzenpolitiker aus der Union und die Energiewirtschaft fachen den Streit mit Forderungen nach längeren Laufzeiten der Atommeiler von neuem an.

Berlin - Der Streit um die Laufzeiten der Atommeiler beherrscht die Debatte im Vorfeld des Treffens im Kanzleramt heute Abend. Der Chef des Energiekonzerns E.on, Wulf Bernotat, sagte der Zeitung "Die Welt": "Wir können weder ökonomische noch ökologische Fragen sinnvoll diskutieren, wenn wir die Kernkraft ausklammern. Wir werden also darüber reden müssen." Unions-Fraktionschef Volker Kauder sagte gestern im ZDF: "Wir brauchen die Kernenergie. Wir halten uns an den Koalitionsvertrag. Aber die Position der Union erschöpft sich nicht in einem Koalitionsvertrag, der für vier Jahre gilt."



DPA

Das AKW Biblis in Hessen: "Position der Union erschöpft sich nicht im Koalitionsvertrag"

Bundeskanzlerin Merkel trifft sich heute im Kanzleramt mit Vertretern von Regierung, Wirtschaft und Verbrauchern zu einem Energiegipfel. Die Bundesregierung soll nach dem Willen Merkels bis zum zweiten Halbjahr 2007 ein langfristiges Energiekonzept erarbeiten, das bis 2020 Versorgungssicherheit, bezahlbare Energiekosten für Verbraucher und Wirtschaft sowie Klimaschutz miteinander verbinden soll. Beim Gipfel werden keine direkt wirksamen Ergebnisse erwartet. Das Treffen mit Wirtschaft und Verbänden soll nach Regierungsangaben aber Startschuss für weitere Gespräche sein. Merkel sagte gestern Abend: "Wir werden viel Arbeit haben." Trotz der unterschiedlichen Ausgangspositionen der Koalitionsparteien müsse Klarheit für die Bürger erreicht werden, wie die Energieversorgung bis 2020 in Deutschland aussehen wird.

Unionspolitiker, darunter Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU), sowie Vertreter der Energiekonzerne hatten in den vergangenen Tagen mehrfach gefordert, das Thema Kernkraft auf dem Gipfel zu behandeln. Den Plänen der Bundeskanzlerin zufolge soll das strittige Thema jedoch ausgeklammert bleiben.

SPD warnt vor Scheitern des Gipfels

Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) hatte gegenüber der "Bild am Sonntag" erklärt: "Wir brauchen eine breite Debatte, ob ein Ausstieg aus der Atomkraft zu verantworten ist. Ich bin überzeugt: Er ist es nicht." Sonnen- und Windenergie könnten die Atomkraft auf absehbare Zeit nicht ersetzen. Umweltminister Sigmar Gabriel (SPD) konterte: "Mit den Investitionen der Energieversorger in neue Kraftwerke und dem Ausbau der alternativen Energien wird in den kommenden Jahren weit mehr Strom erzeugt, als durch das Auslaufen der riskanten Kernenergie vom Netz geht."

SPD-Fraktionsvize Ulrich Kelber warnte im "Handelsblatt" davor, die Frage der Laufzeiten von Kernkraftwerken auf dem Spitzentreffen in den Vordergrund zu rücken: "Wer das Thema Atomkraft zum Schwerpunkt des Gipfels machen will, sorgt für dessen Scheitern", sagte Kelber dem Blatt. Es gebe eine Fülle von Fragen von "weitaus größerer Relevanz". Auch der Bundesverband der Verbraucherzentralen lehnte die Forderungen aus der Union nach einer Verlängerung der Atomkraftwerk-Laufzeiten ab. Verbandspräsidentin Edda Müller sagte der "Berliner Zeitung", längere Laufzeiten wären eine Einladung, bei erneuerbaren Energien oder

effizienten Kraftwerken nur wenig zu tun. "Der Atomausstieg ist richtig. Kernkraft ist teuer", sagte Müller. Die Entsorgung und Endlagerung der Abfälle kosteten Milliarden.

Zugleich warf Müller den Energieunternehmen vor, die Strompreise künstlich hochzutreiben. Die Höhe der Tarife habe viel mit "Abzocke" zu tun. Vier große Energiekonzerne dominierten achtzig Prozent des Strommarktes und diktierten so die Preise. Sie hätten beim Emissionshandel die Zertifikate, die sie vom Staat umsonst bekommen haben, mit Milliardensummen veranschlagt und diese fiktiven Kosten an die Kunden weiter gegeben. "Das ist unanständig", sagte Müller.

Die Stromversorger wollen beim Energiegipfel mittelfristig deutlich höhere Investitionen zur Modernisierung ihrer Kraftwerke zusagen als bisher angenommen. "Zum jetzigen Zeitpunkt stehen ganz konkret 42 Projekte mit einem Investitionsvolumen von mehr als 21 Milliarden Euro fest", sagte der Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Elektrizitätswirtschaft, Eberhard Meller, der Nachrichtenagentur dpa in Berlin. Bei der Liste des Verbandes mit 750 Unternehmen geht es vor allem um Kohle- und Gaskraftwerke, nicht um Atommeiler.

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) verlangte mehr Forschungsanstrengungen im Energiebereich. "Nicht nur der Bund muss dazu seine Mittel bis 2010 von heute gut 400 Millionen Euro verdoppeln. Die Energiewirtschaft muss ihre Anstrengungen genauso steigern", sagte er der "Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" in Essen.

phw/ddp/dpa

© SPIEGEL ONLINE 2006

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet GmbH

Zum Thema:

- Zum Thema in SPIEGEL ONLINE:
- Gasprom-Bürgschaft: Opposition droht mit U-Ausschuss (03.04.2006)
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,409402,00.html>
 - Gewalt an Schulen: Kommunen fordern Integrationsverträge (03.04.2006)
<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,409403,00.html>
 - Gesundheitsreform: "Gefährliches Fahrwasser" (02.04.2006)
<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,409371,00.html>
-